

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Erscheint 10mal wöchentlich.
Bezugspreis:
Abholer monatl. 70 Pf., viertelj. 2.10 M.
Durch Träger und Agenturen:
Monatl. 80 Pf., viertelj. 2.40 M.
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatl. 1 M.,
viertelj. 3 M. (ohne Bestellgebühr).
Ins Ausland:
Unter Kreuzband 15 M. vierteljährl.

Mittelrheinische Zeitung.
Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

Anzeigenpreis:
Die Koloniale in Wiesbaden 20 Pf.,
Deutschland 20 Pf., Ausland 40 Pf.;
Die Restamette 1.20 M.
Anzeigenannahme:
Bis 11 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Verantwortlicher:
Amsterd. und Abonnement: Nr. 199,
Redaktion: Nr. 199; Verlag: Nr. 219.

95 Morgen-Ausgabe.

Samstag, 21. Februar 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

Der Statthalter von Elsass-Lothringen, Graf v. Wedel, ist gestern in Berlin eingetroffen.

Die Belohnung der Prinzessin Wilhelm von Baden fand gestern statt.

Rosa Luxemburg wurde wegen Verstoßes gegen die §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuches und § 5 des Militär-Strafgesetzbuches zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

In Mexiko ist für die bevorstehenden Kämpfe eine neutrale Zone für Ausländer bei Tampico errichtet worden.

Der Besuch in Berlin.

(Von unserem Korrespondenten.)

Wien, 19. Febr.

Im vorigen Jahre wurden Abgeordnete der Berliner Gemeindevorstellung eingeladen, Gäste der Stadt Wien zu sein und die beste Verwaltung Europas, wenn nicht gar der ganzen Welt, wie unsere Nachbarn sie in ihrer Bescheidenheit nennen, mit eigenen Augen zu bewundern. Da konnte man also die freisinnigen Gemeindevorsteher Berlins Hand in Hand mit den Antikseniten, die in Wien den guten Ton angeben, zwischen Donau und Kahlenberg wandeln sehen, und das Einvernehmen in den Bankeiten war vollkommen. Jetzt, nach einem runden Jahr, haben die Wiener die Gegeneinladung der Berliner Gemeindevorstellung für den kommenden Mai erhalten und angenommen, und man sieht in Wien gespannt, wenn auch mit gemischten Gefühlen, dem Verlaufe des Besuchs entgegen. Unsere Zeitungen ergehen sich schon heute in Betrachtungen über die Reife der Gewaltigen, die natürlich als Studienfahrt ausgegeben wird.

Da man im Deutschen Reich über österreichische Verhältnisse gewöhnlich recht mangelhaft unterrichtet ist, kann es nicht schaden, wenn man die Gäste ein wenig vorstellt. An ihrer Spitze steht der Bürgermeister Exzellenz Weißkirchner, ein Mann, dessen unfehlbare Geschicklichkeit von seinem Vater Lueger entdeckt wurde. Er brachte es zuerst im Dienst der Gemeinde in ganz jungen Jahren zum Magistratsdirektor, wurde dann Reichsratsabgeordneter und von seiner Partei zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt. Darauf wurde er als Handelsminister und gedachte Ministerpräsident oder, wie andere behaupten, Direktor einer großen Bank zu werden; erst als beides nicht gelang, kam er dem Wunsch Luegers nach und ließ sich zum Bürgermeister der Stadt Wien wählen. Als solcher hat er eine fast unumschränkte und mit der Stellung des Berliner Oberbürgermeisters jedenfalls gar nicht vergleichbare Macht. Denn auf ihn und auf seine Partei stützt sich das ganze offizielle Österreich, stützt sich jede Regierung. Zwar ist über die Hälfte der Wiener Wählerchaft antiserbisch, und bei den letzten Abgeordnetenwahlen, die den großen, aber wohl nur vorübergehenden Zusammenbruch der Christlichsozialen ergaben, brachte es Weißkirchner nicht einmal zu einem Mandat im Abgeordnetenhaus; aber dank der Wahlreform in den Wahlordnungen zu den beiden übrigen Vertretungskörpern, Gemeinderat und niederösterreichischer Landtag, und dank einem wohlbedachten Wahlgeschick, über dessen Zusammenhänge mit der Gemeindefunktion man in den letzten Wochen geradezu unfassbare und an jedem anderen Orte Europas unumstößliche Dinge erfahren hat, ist die Herrschaft dieser alten Wiener Spielart der Antikseniten auf absehbare Zeiten hinaus gesichert. Die Neuland nun und die Kunst des Versprechens verstehen die Herrscher der Wiener Gemeinde ganz ausgezeichnet. Unter Weißkirchner wird darin noch mehr geleistet als früher. Es soll auch gar nicht geleugnet werden, daß die Wiener Gemeinde tüchtige Beamte hat und manche ihrer Unternehmungen einen Zug ins Große zeigen, wobei aber freilich auch die Gemeindefunktion ins Gigantische wuchsen. Im ganzen jedoch darf man beruhigt behaupten, daß Wien den wirklichen Belohnungen gegenüber ein großes, sehr großes Dorf geblieben ist und daß daran und an vielen Missetaten in diesem Dorfe die herrschende Partei ihr gekittet Maß von Schuld trägt. Sie wird es natürlich nie einsehen, denn sie hält sich für unfehlbar. Auch bant sie, wie alle Regierungen in Österreich, auf das schlechte Gedächtnis der Realisten. Denn also Exzellenz Weißkirchner, der übrigens schon als Handelsminister verfaßt hat, nach Berlin kommt, so möge er doch ein wenig „studieren“, möge er insbesondere von der Verkehrs- und Wohnungspolitik, von der Straßensanierung und ganz allgemein von der redlichen Arbeit aller, die dabei nicht viel Aufhebens machen, einiges nach Wien zu verpflanzen suchen. Dann hätte man in Wien einen Grund, ihm für diese „Studienfahrt“, den Berlinern aber für die erteilte Belehrung dankbar zu sein. Gelehrte Österreicher fürchten allerdings, daß die Reife vergeht sein wird. Leute von der Art der Wiener Gemeindefunktionärer gehen nicht ohne weiteres ihre Fehler ein; auch wenn das Risiko des Wiener Gemeindefunktionsismus sonst überall feststeht.

Dem reichsdeutschen Zeitungsleser aber sei zum Schluss noch einmal eingeschärft, daß dank der Wiener Wahlordnung und anderen Umständen die Bevölkerung Wiens von ihren Vertretern eben nicht so ohne weiteres vertreten wird.

Deutschland und Zentralafrika.

Die deutschen Kolonien bilden gelegentlich der Staatsdebatte des Reichstages über das Reichskolonialamt eines derjenigen Themen, welche die öffentliche Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße beanspruchen. Die Tanganika-Bahn in nahezu betriebsfertig. Vergnügliche Gemüter werden bald wieder fragen, ob die Bahn auch die erwarteten Erträge abwirft. Und darüber hinaus lautet die Frage: Was wollen wir eigentlich von unseren afrikanischen Kolonien? Welchen Wert haben sie für uns?

Emil Zimmermann, der Zentralafrika während der Jahre 1910 bis 1913 bereist hat, versucht in einem lebenswerten Büchlein „Was ist uns Zentralafrika?“ (Verlag von Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Berlin) darauf Antwort zu geben. Unsere Forderung muß vor allen Dingen dahin gehen, die in den unbesetzten Ländern Zentralafrikas ruhenden wirtschaftlichen Kräfte — soweit das ohne Beeinträchtigung der Kolonialmacht möglich ist — für Deutschland im allgemeinen und für die deutschen Kolonien im besonderen nutzbar zu machen. In Kamerun und in Deutsch-Ostafrika haben wir zwei Tore, durch die sich der Verkehr nach Zentralafrika bewegen muß, wenn wir durch eine archaische Verkehrsform in diesen beiden Gebieten die Voraussetzungen ausnützen, die zum großen Teil schon durch die geographische Lage der beiden Kolonien gegeben sind. In Zentralafrika selbst aber sind die Möglichkeiten zu einer Entfaltung ohne weiteres gegeben, zu einer Entfaltung, die in absehbarer Zeit den Verkehr durch deutsche Kolonien zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit machen muß. Gelingt es aber, durch einen zweckmäßigen Ausbau des Verkehrsnetzes dem Handel in Zentralafrika Eingang zu verschaffen, so haben unsere Kolonien davon den Nutzen.

Schon heute gehen vom nördlichen Kamerun Vieh und Fleisch nach dem fließenden Süden. Es wäre durchaus möglich, durch den Bau einer Bahn von dem Hafen Kameruns Duala nach dem Fluß Ibra — als Endpunkt käme der Ort Singa in Betracht — das Abgabegebiet für Vieh und Fleisch noch beträchtlich zu erweitern und so die schon jetzt bedeutende Viehzucht Kameruns zu fördern. Das Gleiche gilt für Deutsch-Ostafrika. Hier ist ein Hinterland für den Ablass von Vieh und Nahrungsmitteln, das eine große Zukunft hat. Zwischen dem südlichen Tanganika-See und dem Suana und Qualaba liegen große Lager von Zinn und Kopal, die früher oder später in härterer Nähe werden abgebaut werden. Tritt dies ein, so langt die Viehüberführung in diesen Gegenden bei weitem nicht aus, und Deutsch-Ostafrika hat hier eine hervorragende Absatzstätte. Dazu kommt, daß von Kamerun sowohl wie von Deutsch-Ostafrika aus die Frachtküste von der Küste nach den Abgabegebieten erheblich geringer wären, als von den Hafengebieten der anderen Kolonialgebiete. Belgien, Frankreich und England haben bereits versucht, diese Abgabegebiete für sich zu erschließen. Die versandeten Bahnen reichen aber bei weitem noch nicht aus, um den Schiffsverkehr des Kongo voll auszunutzen. Darum sollten wir uns nicht von den anderen Kolonialmächten zuvorkommen lassen. Wir müßten danach streben, zu der Tanganika-Bahn an der anderen Küste des Sees Anschluss an belgische Bahnen zu finden und so den Verkehr nach Innerafrika in unseren Besitz zu bringen.

Völlig gering sind heute die Summen, welche den Außenhandel darstellen. Der Außenhandel Kameruns belieferte sich auf 57½ Millionen Mark, Ostafrikas auf 81½ Millionen Mark. Das sind Umfahlsfiguren, wie sie von großen Industriekonglomeraten des Kontinents schon erreicht werden. Alle Kolonialpolitik hat aber nur dann einen Sinn, wenn die vorhandenen Möglichkeiten zielbewusst und mit weitem Vorwärtsschritt angebahnt werden. Vielleicht sind die Hoffnungen mancher Kolonialpolitiker, die innerhalb weniger Jahre den Außenhandel und die Reichseinkünfte aus den Kolonien verdreifachen und vervierfachen sehen wollen, etwas übertrieben. Darauf es aber ankommt, daß wir: daß man sich vor der Kleinarbeit nicht scheut und auch Schritte unternimmt, die nicht von vornherein Misserfolge in Aussicht stellen.

Kurze politische Nachrichten.

Die Reichstagskommission für die Zeugen- und Sachverständigengebühren

beschloß, daß der Sachverständige in normalen Fällen eine Entschädigung bis zu 3 Mark für jede angefangene Stunde erhalten soll. Der Regierungsentwurf hatte nur 2 Mark vorgesehen. Wenn die Leistung besonders schwierig ist, so darf der Betrag bis zu 6 Mark für jede angefangene Stunde erhöht werden.

Beschlüsse des Bundesrats.

Der Bundesrat überwies den zuständigen Ausschüssen eine Vorlage betr. Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Weingesetz (Herstellung von Malzwain) und einen Gesetzentwurf zur Einschränkung der Verfügungen über die Miet- und Pachtzinsforderungen. Zur Annahme gelangte eine Vorlage betr. den Beredungsverkehr mit inländischen Grundbesitzern zur Herstellung von Handelskrediten im Ausland, eine Vorlage betr. den Beredungsverkehr mit Kontaktpersonen aus Rußland oder Bronze und Winkelfäden aus Eisen, eine Vorlage betr. Änderung der Bestimmungen über die Seeschiffahrtstaktik, ein Gesetzentwurf betr. Übernahme von Bürgerpflichten durch den Reichsdienst zum Zweck der Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbe-

dienste und eine Vorlage betr. Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Reichsschuldbuchgesetz.

Zur Neuordnung der Sonntagsruhe

hat die Gesellschaft für Soziale Reform der Reichstagskommission eine Eingabe überreicht, hinter der die 42 der Gesellschaft angeschlossenen Angestelltenverbände mit nicht weniger als 700 000 Mitgliedern stehen. Die Eingabe fordert grundsätzlich die volle Sonntagsruhe im ganzen Handelsgewerbe. In den Kontoren soll keine Ausnahme stattfinden, in offenen Verkaufsstellen soll nur, soweit es sich um sogenannte Bedürfnisgewerbe handelt, eine Verkaufszeit von höchstens 2 ungeteilten Vormittagsstunden vor dem Hauptgottesdienste zulässig sein. Als Ausnahmetage sollen nur die beiden Sonntage vor Weihnachten gelten, an denen längstens 5 Stunden gearbeitet werden darf. In das Gesetz sollen neben den Versicherungsgesellschaften, Konsumvereinen usw. auch die Gastwirtschaften, Theater u. dgl. einbezogen werden, daß ihren kaufmännischen Angestellten für jeden Dienstsonntag ein freier Tag in der Woche gewährt werden muß; gleiches soll für Apotheken in Orten mit nur einer Apotheke gelten, an anderen Orten sollen die Apotheken wechselweise am Sonntag schließen, auch soll das Festhalten von Waren in Gastwirtschaften während der Sonntagsruhezeiten unterbleiben. Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe sollen sichtbar im Betriebe ausgehängt werden. Die Eingabe, die der frühere Handelsminister, Hr. v. Berlepsch, der 1890 das erste Sonntagsruhegesetz schuf, als Vorläufer der Gesellschaft für Soziale Reform unterzeichnet hat, schließt mit dem Wunsch, daß auch für die technischen und die Bureau-Angestellten die Sonntagsruhe in dem angegebenen Sinne geregelt werden möge.

Frankreich und die russische Eisenbahnleihe.

In Pariser politischen Kreisen macht sich eine gewisse Mißstimmung darüber bemerkbar, daß Rußland die neue große, in Frankreich ausgenommene Eisenbahnleihe nicht zum Ausbau der Eisenbahnlinien an der deutsch-russischen Grenze verwenden will. Das „Echo de Paris“ nimmt hierzu Stellung und erklärt diese Auffassung für unrichtig. In Wirklichkeit arbeitet die russische Regierung nach einem genau vorangezeichneten Plan und verwirklichte unablässig die erwähnten Eisenbahnlinien, die von höchster strategischer Bedeutung seien. Diese Eisenbahnlinien an der deutsch-russischen Grenze erscheinen nur deshalb nicht offiziell auf dem Programm, weil sie als sogenannte militärische Linien unrentabel sind und infolgedessen nicht aus Anleihegeldern bezahlt werden können, sondern aus dem disponiblen Fonds der Staatskasse bestritten werden.

Austritt Iswolskis?

Der „Petersb. Kurier“ meldet, daß der russische Botschafter in Paris, Iswolski, in den nächsten Tagen zurücktreten werde.

Austritt des russischen Unterrichtsministers Kasso.

Aus Petersburg wird gemeldet: Der Unterrichtsminister Kasso begibt sich am 23. d. Mts. ins Ausland und wird nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren.

Serbische Handelsverträge.

Die Belgrader Handelskammer hat sich in einem Memorandum an die serbische Regierung gewandt, in dem sie erklärt, daß eine Revision der Handelsverträge mit Österreich-Ungarn derzeit nicht opportun sei. Wenn aber die Regierung durch aus politischen Gründen eine Revision vornehmen würde, so möge sie die Forderungen der Handelskammer entsprechend berücksichtigen.

Eine neutrale Zone in Mexiko.

Aus New York meldet der Draft: Guerta hat für die bevorstehenden Kämpfe der Einrichtung einer neutralen Zone bei Tampico, wohin die Ausländer flüchten können, zugestimmt.

Heer und Flotte.

Personalveränderungen in der Armee.

(Fortsetzung.)

Firmenich, Hauptmann im Inf.-Reg. Kaiser Wilhelm (2. Grob. Bst.) Nr. 116, wurde als Komp.-Chef in das Inf.-Reg. von Grolman (1. Pos.) Nr. 18 versetzt. * Vahold, Hauptm. im 1. Kass. Inf.-Reg. Nr. 87, wurde zum Komp.-Chef ernannt. Zu Stabskapitän wurden ernannt die überzahligen Hauptleute * v. Welken im Inf.-Reg. Kaiser Leopold von Anhalt-Desau (1. Magde.) Nr. 26, unter Versetzung in das Inf.-Reg. Kaiser Wilhelm (2. Grob. Bst.) Nr. 116, * Bergin im Inf.-Reg. Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Bad.) Nr. 111, dieser unter Versetzung in das 1. Nassau. Inf.-Reg. Nr. 87. * Prinz zu Hohenburg und Büdingen, Hauptmann und St.-Hauptmann im Königl. Augusta-Garde-Reg.-Nr. 4, wurde ein Patent seines Dienstgrades verliehen. Versetzt wurden die Leutnants * v. Endow an der Unteroffizierschule in Weissenfeld in das Leibgarde-Inf.-Reg. (1. Grob. Bst.) Nr. 115, * Martin im Inf.-Reg. General-Feldmarschall Graf Moltke (Schl.) Nr. 38 zur Unteroffizierschule in Weissenfeld. * Bährmann, Oberlt. an der Unteroffizierschule in Weissenfeld, wurde unter Versetzung in das Niederrhein. Inf.-Reg. Nr. 39 als Inf.-Offizier zur Kriegsschule in Kassel kommandiert. * Röbbede, Oberlt. im Magdeburg. Drag.-Reg. Nr. 6, wurde zum überzahl. Rittmeister befördert. * Jörn, Hauptm. beim Stabe des Berg. Feldart.-Reg. Nr. 68 Frankfurt, wurde mit dem 22. März d. J. zum

Batteriefeld ernannt. * Nicolai, Hauptm. im 1. Oberfl. Feldart.-Reg. Nr. 15, wurde mit dem 22. März d. J. zum Stabe des 2. Nassau. Feldart.-Reg. Nr. 63 Frankfurt versetzt. * Niebann, Oberstl. und Kom. des Niederfl. Inf.-Reg. Nr. 5, wurde zum Obersten befördert. Ernannt wurden: * Bauer, Oberstl. und 1. Art.-Offizier vom Platte in Mainz, zum Kom. des Hohenzoll. Inf.-Reg. Nr. 18, * des Goudres, Major beim Stabe des Schlesw.-Holst. Inf.-Reg. Nr. 9, zum 1. Art.-Offizier vom Platte in Mainz. * Schidert, Oberstl. und Abt.-Chef im Ing.-Komitee, wurde zum Obersten befördert. Mit dem 1. März d. J. werden versetzt: * Gremer, Hauptm. und Komp.-Chef im 2. Nassau. Pionier-Bat. Nr. 25, als Militärlehrer zur Hauptkadettenanstalt. * Calow, überzahl. Hauptm. im 1. Nassau. Pionier-Bat. Nr. 21, in das 2. Nassau. Pionier-Bat. Nr. 25. Zu Obersten wurden befördert die Oberleutnants * Alberti, Dir. der Militärreisbahnen, * v. der Chevallerie Inf. des Fest.-Verkehrsweins, * Schröder, Oberstl. und Kom. des Teleg.-Bat. Nr. 3, wurde zum Insp. der 1. Insp. des Teleg.-Bat. ernannt. * Seelmann-Eggebert, Major beim Stabe des Eisenbahn-Reg. Nr. 2, wurde zum Kom. des Teleg.-Bat. Nr. 3 ernannt. (Schluß folgt.)

Landtagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.) Abgeordnetenhaus.

h. Berlin, 20. Febr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Der Etat des Ministeriums des Innern. — 11. Tag. Einzelberatung.

Die Besprechung des Kapitals Polizeiverwaltung in den Provinzen wird fortgesetzt.

Abg. Reinert (Soz.): Die Polizei geht oft gegen fremde Staatsangehörige zu rigoros vor. Der Prozess in Dentschen hat die schlimmste Korruption aufgedeckt. Der Staatsanwalt hat selbst anerkannt, daß hier das Interesse der Hamburg-Amerika-Linie dem Staatsinteresse vorgegangen sei. Man muß sich wirklich fragen, wer die größten Verbrecher sind, Weismann oder die ihm gefügigen amtlichen Organe.

Präsident Graf Schwerin-Löwig bezeichnet den Ausdruck als ungebührlich.

Abg. Reinert fortfahrend: Die durch das Dreiklassenwahlrecht gewählte Mehrheit des Hauses deckt durch ihre Abstimmung das verbrecherische Treiben der Polizei.

Präsident Graf Schwerin-Löwig ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Frank (Ztr.) bespricht die Kölner Polizeiverhältnisse. Eine gründliche Revision ist notwendig. Die Dürnen treiben ihr Gewerbe ganz offen.

Ministerialdirektor Freund: In dem Moskauer Falle sollen die Akten vollständig hierherkommen. Der Regierungspräsident hat die Vernehmung aller Beteiligten angeordnet, um festzustellen, ob irgend eine Begünstigung in Frage kommt. Es sind Mahregeln erwogen, wie der Auswandererverkehr in Oberschlesien zu verbessern ist.

Abg. Korfanty (Polen): Einer der im Dentschen Prozess bloßgestellten Beamten hat dem Kaiser über die polnische Gefahr falsche Berichte erstatten dürfen. Solche gemeine Verbrecher.

Präsident Graf Schwerin-Löwig ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Korfanty fortfahrend: Der Polizeibeamte Halembo wurde entlassen, weil er tüchtig war und den Wadchenhandel bekämpfte. Der Minister des Innern soll auf Witten Balkins die Entlassung veranlassen haben. Polizeirat Wadler hat ausgeben müssen, daß er Weichenle angenommen hat und hat das damit entschuldigt, weil er ein alter Freund Weichenle sei.

Ministerialdirektor Freund erklärt die Angabe hinsichtlich der Einwirkung Balkins auf den Minister des Innern in der Angelegenheit des Polizeibeamten Halembo als falsch.

Abg. Fleisch (fortf. Sp.): Gegenüber den Vorfällen in Köln und Moskau ist erneut zu verlangen, daß die Polizei-Funktionen den Städten zu übertragen sind, weil sie dann einer ausgiebigeren Kontrolle unterliegen.

Die Debatte über diesen Gegenstand schließt.

Der Antrag von der Gröben wird angenommen.

Der Antrag Braun wird abgelehnt.

Abg. Wendlandt (natl.) rügt, daß bei dem Berliner

Einwohner-Melbeamten Herren im Alter von über 40 Jahren noch immer diätarisch beschäftigt werden.

Beim Kapitel Polizeidistriktskommission liegt ein Antrag Kronsohn (fortf. Sp.) vor, auf baldige Verstaatlichung der Bureaus der Distriktsämter.

Abg. Rindler (fortf. Sp.) begründet den Antrag Kronsohn: Wir verlangen nicht etwa die staatliche Anstellung eines jeden Schreibers, wir wollen nur, daß die Bezahlung aus der Staatskasse erfolgt. Gegenwärtig ist die Bezahlung viel zu niedrig. Ich beantrage, den Antrag der Budget-Kommission zu überweisen.

Der Antrag Kronsohn wird der Budget-Kommission überwiesen.

Beim Kapitel Landgendarmen fordert Abg. Hammer (konf.) mehr neue Stellen und bessere Wohnungen für die Gendarmen. Der Redner fordert u. a. für die Gendarmen Dienstkleidungsarten, höhere Dienstauswandsentschädigungen, Mäntel mit eleganterem Schnitt und Gehaltszulage.

Abg. Gengsberger (freikons.): Bei einem Urteil über die Tüchtigkeit der Gendarmen kommt es nicht darauf an, ob die Gendarmen möglichst viele Anzeigen erstatten, sondern daß sie Ordnung halten.

Abg. Delius (fortf. Sp.): Den Wünschen auf Verrückung der Gendarmen können wir uns nur anschließen. Mit den Kommandozulagen kommen die Gendarmen nicht aus. Bei Krankenhausbehandlung werden die Gendarmen in die 3. Klasse verwiesen, trotzdem sie zur Zahlung der Differenz in die 2. Klasse bereit sind. Verbännte Arreststrafen sollten nicht im Distrikt bekannt gemacht werden, da sie das Ansehen schädigen.

Ein Regierungskommissar erklärt, mit den im Etat vorgesehenen Mitteln wird die Zahl der Dienstwohnungen auf 4000 erhöht werden können, so daß nur noch etwa 1500 Gendarmen ohne solche sind. Die Dienstauswandsentschädigungen sind auf Grund von Aufzeichnungen der Oberwachmeister festgestellt worden. Die Kommandozulagen entsprechen dem Satz wie bei anderen Beamten. Eine Änderung in den Bestimmungen über die Benutzung von Militärfahrarten bei Dienstreisen ist bei der Neuordnung der Militäreisenbahnordnung in Aussicht genommen. Eine Erhöhung der Remontegelder, die reichlich genug sind, kann nicht in Frage kommen. Eine neue Pitemka wird demnächst eingeführt werden.

Beim Kapitel Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei bespricht

Abg. P. Hoffmann (Soz.) dieselben. Soweit wir hier nicht klar sehen, inwiefern die hier geforderten Mittel berechtigt sind, werden wir gegen den geheimen Fonds stimmen. (Beifall bei den Soz.)

Minister des Innern v. Dallwig: Die Sozialdemokratie läßt sich auf tendenziöse Nachrichten, so auch im Falle Geising. Wie jeder Großhaat sind wir nicht in der Lage, eine politische geheime Polizei zu entbehren, solange einzelne Personen, oder organisierte Personen, Mehrheiten im In- und Ausland, verbrecherische Kundgebungen planen oder begehen. (Beifall.)

Abg. A. Hoffmann (Soz.): Geising war ein Zuchthäuser, Dieb, Betrüger und Mörder. Mit solchen Leuten bekämpfen sie anständige Arbeiter. Herr Minister, wenn Sie Schamröte bekämen, müßte sie Ihnen ins Gesicht steigen. (Lärm rechts.)

Vizepräsident Forst ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Kirch-Verlin (Soz.): Die Erfolge der Fürsorge-erziehung sind nicht derartig glänzend. Die Jüglinge werden nicht wie Kinder, sondern wie Verbrecher behandelt. Auch zu politischen Zwecken wird das Fürsorgegesetz mißbraucht. In Ostpreußen benutzt man es sogar dazu, um billige Arbeitskräfte zu bekommen. In Strausberg sind Prügel und Arreststrafen an der Tagesordnung.

Ein Regierungskommissar weist die Angriffe auf die Strausberger Anstalt zurück. In der Anstalt Rillingen findet sich das verworfenste Gefindel zusammen, auf das nur Prügelstrafen und Arreststrafen Eindruck machen.

Abg. Buermeling (Ztr.): Der Generalvormundschafft ist vielfach die Einzelvormundschafft vorzuziehen.

Abg. v. Gelscher (konf.) äußert sich in demselben Sinne wie der Vorredner. Die karitativen Vereine stellen die besten Persönlichkeiten für das Vormundschafftamt zur Verfügung. Die berufliche kommunale Vormundschafft ist eine gute Sache.

Minister des Innern v. Dallwig: Die Berufsvormundschafft ist entstanden aus dem tatsächlichen Mangel an geeigneten Personen für die Einzelvormundschafft. Ich habe ausdrücklich auf die Heranziehung der Mitglieder der karit-

ativen Vereine hingewiesen und auf die Notwendigkeit, nicht lediglich die Vermögensverhältnisse der Mündel im Auge zu behalten. Diese werden allerdings im allgemeinen von Berufsvormündern besser wahrgenommen. Daneben dürfte es sich empfehlen, Mitvormünder zu ernennen, die lediglich die erzieherische Tätigkeit zu organisieren haben. Ich bin bereit, die Anregungen nochmals prüfen zu lassen.

Abg. Lieber (natl.): Die jetzt ausgeworfenen 100 000 M. sind noch nicht ausreichend.

Abg. Fleisch (fortf. Sp.): Die Berufsvormundschafft sollte die Ausnahme sein! Leider ist sie aber die Regel.

Das Kapitel wird bewilligt.

Um 5¼ Uhr verläßt das Haus die Weiterberatung auf Samstag 10 Uhr.

Herrenhaus.

h. Berlin, 20. Februar 1914.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Nach Vereidigung einiger neueregetretener Mitglieder wird die Vorlage betreffend die Verwaltungsreform an die Kommission zurückverwiesen. Sie soll in der nächsten Woche wieder zur Beratung kommen.

Es folgt die

Beratung des Ausgrabungsgesetzes.

Herr v. Rheinbaben: Die Folgen des bisherigen Gesetzes sind gewesen, daß außerst wertvolle Funde von gewerbemäßigen Händlern ins Ausland verkauft wurden. Das Gesetz ist in der Kommission einstimmig angenommen worden, und ich bitte Sie, diesem Votum möglichst rasch zu folgen. (Beifall.)

Kultusminister v. Trott zu Solz empfiehlt das Gesetz zur Annahme.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Einzelberatung beantragt Graf Vehr, die Frist der Anzeige bei Funden von fünf auf drei Tage herabzusetzen.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag abgelehnt.

In § 8 (Abfertigung) beantragt die Kommission, daß dem Staat, den Gemeinden usw. das Recht gegeben werden soll, die Abfertigung zu verlangen.

Oberbürgermeister Winkler - Bromberg begründet den Antrag, diese Rechte auf Vereine zu erweitern, die sachmännlich geleitete Museen zu erhalten.

Kultusminister v. Trott zu Solz äußert Bedenken zu diesem Antrag.

Professor Dr. Böning: Die Altentümer sollten in großen Museen vereinigt werden.

Graf Vehr beantragt, als Entschädigung den Ersatz des allgemeinen Wertes (Nati bloß des Wertes) des Gegenstandes festzusetzen.

Der Antrag Winkler wird abgelehnt.

Der Antrag Vehr wird angenommen.

Ebenso die ganzen Paragraphen in der Fassung der Kommission.

Das Gesetz über die Grenzberichtigung mit Bayern in Lothar und das Gesetz über die Grenzberichtigung mit Rußland werden ohne Erörterungen angenommen, ebenso das Gesetz betreffend die Ausdehnung des Moorrichtgesetzes in Pommern und Schleswig-Holstein.

Dem Gesetz betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Danzig wird nach einem Referat des Oberbürgermeisters Rive aus Halle zugestimmt.

Darauf verläßt sich das Haus auf Freitag, 27. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Tagesordnung: Landesverwaltungs-gesetz, kleine Vorlagen.

Schluß 2¼ Uhr.

Reichstagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

h. Berlin, 20. Februar 1914.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Blund (fortf. Sp.) über die Rückzahlung der Beiträge durch die Krankenkassen an die Ersatzkassen erwidert

Ministerialdirektor Caspar, daß entsprechende Anträge in großer Zahl eingegangen seien, die den zuständigen Stellen zur Neubeurteilung überwiesen wurden.

Auf eine Anfrage des Abg. Baffermann (natl.) wegen des Gesundheitszustandes der Armee erwidert

Generaloberarzt Hoffmann, der Gesundheitszustand der Armee einschließlich der württembergischen und bayerischen Korps war in den letzten Wochen erheblich besser als in dem gleichen Zeitraum von 1912/13. Der Krankenbestand

Die Horen.

Die morgen zur Ausgabe gelangende Nummer 21 der „Horen“ enthält: „Lebenslust und Lebensdisziplinismus“, von Heloise von Beaulieu.

„Deutsche Verbeir“, von Hauptmann Dr. Bräuning.

„Kosmopolitische Räuber in Hessen“, von Karl Engelhard.

„Die Türkin und der Domino“, Karnevalsstücke von Kurt Münzer.

„Geschichtliche und volkstümliche Masken“, von M. Koffat.

„Bilderbogen fürs Haus“, aus der Mappe eines Familienvaters.

„Lustige Ede“.

Die Herrin von Perikori.

Original-Novela von Hans Becker, Wiesbaden.

(31. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Ganz unerwartet fanden plötzlich Annela und der Führer neben ihr, Annela rief:

„Hanna —“

Sie sah in ein geisterbleiches Gesicht, zuckende Lippen.

Der Führer hatte gleich begriffen: Die fremde Dame war krank, der Kampf hatte sie erregt. Das war nichts für die blonden Ausländerinnen, die haben kein Verständnis für ein solches Vergnügen.

Er rief einen Wagen, in schneller Fahrt rollte dieser nach einigen Minuten mit ihnen der Stadt zu.

Hanna hatte die ganze Zeit über schweigend verharret, erst in ihren Zimmern, nachdem Annela und die Jünger sie auf einem Sofa gebettet, ihr die Schläfen mit kühnem Wasser gekühlt, kam sie langsam zu sich. Sie reichte Annela die Hand:

„Sind Sie mir sehr böse, daß ich Sie hierhergebracht, daß ich Sie verleitet habe, das Fährliche anzusehen? Entschuldig, grausam, als die armen gemarterten Pferde von Maultieren herangeführt wurden.“

Annela versuchte sie zu beruhigen, trotzdem auch sie erschüttert gewesen:

„Es war doch nicht so schlimm. Ich habe auch gar nicht auf die Vorgänge geachtet, ich habe nur immer den Mator angefaßt.“

Was für ein schöner Mensch. Wie entzückend er in der goldverschmückten Jade aussah. Ich bin ganz verliebt in ihn — wirklich.

Von vornehmer Familie soll er sein, eine prächtige Villa besitzen und sehr reich sein — das hat mir alles der Führer erzählt.

Auch den Namen weiß ich: Don Bralero — Sie wurde unterbrochen, die Jöfe kam herein und meldete, daß der Regisseur der Filmgesellschaft die Baronesse zu sprechen wünsche.

Hanna wehrte lebhaft mit der Hand ab:

„Ich will ihn nicht sehen. Sprechen Sie mit ihm Annela —“

Die Polin war ratlos:

„Was soll ich sagen?“

„Dah ich mit nichts mehr zu tun haben will. Das es aus ist, ganz aus. Ich bin keine Filmkaufpielerin mehr, ich will nicht —“

Annela ging hinaus, kam jedoch gleich mit dem Regisseur zurück:

Herr Koppke läßt sich nicht abweisen, er will mit Ihnen selbst sprechen —

Der Regisseur ist sehr verzweifelt.

Händeringend näherte er sich dem Sofa, auf dem Hanna lag. Ehe er zu Wort kommen konnte, rief sie, sich aufrichtend:

„Ich bitte Sie, Herr Koppke, ich ließ Ihnen doch durch meine Freundin sagen — ich mag, ich kann von allem nichts mehr hören —“

„Das geht doch nicht so, Fräulein Thurlander. Sie haben sich verpflichtet. — Die Szene heute ist verfallen. Sie müssen bei dem morgenden Stierkampf erscheinen. Es sind auch noch andere Aufnahmen zu machen, das wissen Sie ja. Ihre Rolle müssen Sie durchführen, unsere Kunst kann doch nicht unter einer Laune leiden?“

Hanna war außer sich:

„Das verlangen Sie von mir? Nie — nicht einen Schritt tue ich. Nichts will ich mehr mit Ihrer Kunst zu tun haben —“

Einen Augenblick schwieg der Regisseur, dann sagte er kaltblütig:

„Das werden wir sehen. Sie haben einen Kontrakt unterschrieben.“

Hanna fiel ein, was Volten gesagt: Zahlen Sie Ihre Konventionalstrafe, dann sind Sie frei.

Sie sprang auf:

„Sie können mich nicht zwingen — ich, ich werde bezahlen —“

Herr Koppke wachte, daß Hanna sehr reich sei. Er zog andere Saiten auf:

„Wenn Sie zahlen wollen, gut —“

Er sprach jetzt ganz geschäftlich:

„Also das ist abgemacht. Wir werden die Angelegenheit in Berlin erledigen. Es sind uns auch große Unkosten durch Ihre Weigerung entstanden —“

Sie nickte stumm. Der Regisseur verbeugte sich und ging.

Eine Weile herrschte Stille im Zimmer, dann sagte Hanna:

„Arme, kleine Annela. In was alles habe ich Sie hineingezogen. Schrecklich. Jetzt will ich mich aber auch zusammennehmen und mit Ihnen laufen, wohin Sie wollen. Morgen — ja. Übermorgen fahren wir zurück, ich muß heraus aus diesem Lande.“

Am nächsten Tage fuhren sie in das Museo del Prado, in dem Annela schon gewesen war. Hanna sollte durchaus den berühmten Velasquez-Saal mit seinen kostbaren Gemälden bewundern.

Als die Polin jedoch merkte, daß Hanna teilnahmslos blieb, drang sie nicht weiter in sie, es wurde bald die Rückkehr ins Hotel angetreten.

Bei ihrer Ankunft meldete der Portier:

„Ein Herr ist vor einer Stunde angekommen — aus Deutschland, Berlin, der die Baronesse Thurlander zu sprechen wünscht. Darf ich melden, daß die Baronesse ihn empfangen werden?“

Hanna spürte ihr Herz bis zum Hals heraus schlagen. — ein Herr aus Berlin? Wer anders konnte es sein als Volten.

Wie in einem Traum fühlte sie sich, aus dem sie ein Erwachen fürchtete, das die hoffnungsvolle Zuversicht zerstören könnte — kein Wort kam über ihre Lippen.

Auch Annela dachte, daß es Volten sein könne. Sie berührte Hannas Arm:

„Gehen Sie in Ihr Zimmer, der Portier soll den Herrn zu Ihnen führen —“

Hanna umklammerte Annelas Hand:

„Kommen Sie mit —“

Annela wehrte lachend ab:

„Der Herr hat nur nach Ihnen gefragt, nur Sie zu sprechen gewünscht. Wenn man mich auch haben will, kann man mich rufen —“

Sie sagte dem Portier einige Worte und ging mit Hanna fort. Defferte die Tür des kleinen gemeinsamen Salons, der zwischen ihren Zimmern lag, und entfernte sich.

(Fortsetzung folgt.)

von 1914 ist erheblich geringer als 1912 und 1913, ebenso im letzten Vierteljahr 1913. Ferner ist die Zahl der Todesfälle im Januar 1914 erheblich hinter den Vorjahren zurückgeblieben. Von 781 100 Mann befanden sich nur 18 610 in Lazarethbehandlung, Unglücksfälle einbezogen.

Es folgt der

Marineetat (2. Tag).

Hg. Bassermann (natl.): An unserem Marineprogramm halten wir fest. Auch in England sieht man immer mehr ein, daß unsere Flotte keinen aggressiven Charakter hat. Wir sind friedfertige Leute. Unsere Beziehungen zu England haben sich etwas gebessert. Rußland hat allerlei neue Rüstungsmaßnahmen ergriffen und in der Frage der Militärkommission unsere Diplomatie zu einem Mitzuge gezwungen. Wir brauchen eine zielbewusste deutsche Politik. Wir begrüßen es, daß die Marine aus dem Krupp-Prozess vollständig intact hervorgegangen ist. Wir stellen mit Befriedigung die zielbewusste Leitung und harte Entschlossenheit unserer Marine fest. (Beifall.)

Hg. Heßel (konst.): Bei den Abrüstungsverhandlungen wird nicht viel herauskommen. Es handelt sich ja auch nicht um Deutschland und England allein. Wir wollen das Flottengesetz mit ruhiger Entschlossenheit durchführen, ohne viel nach der auswärtigen Politik zu fragen.

Staatssekretär Delbriick: Der politische und wirtschaftliche Nutzen des Auslandsdienstes unserer Marine wird nicht voll eingeschätzt, höchstens von den Deutschen im Auslande. Er ist aber auch eine militärische Notwendigkeit. Eine große Marine muß stets Fühlung halten mit dem Ocean und den ausländischen Verhältnissen. In den letzten Jahren ist in dieser Beziehung nicht alles Notwendige geschehen, aber wir mußten unsere Flotte in den einheimischen Gewässern konzentrieren. Die Schwäche der Zahl unserer Auslandschiffe hat sich in den letzten Jahren bei den Vorgängen in der Ostsee und in Amerika unangenehm fühlbar gemacht. Ich bin fest davon überzeugt, daß das ganze deutsche Volk durchdrungen ist von der Notwendigkeit der Durchführung des bestehenden Flottengesetzes. (Beifall.)

Hg. Beckler (fortsch. Sp.): Der Geist der Kameradschaftlichkeit, der in unserer Flotte lebt, muß gehalten werden. Bei unserem Verhältnis zu England müssen wir Sentimentalitäten bei Seite lassen. Die Forderungen werden vom Volk stark empfunden. Die Staatsmänner haben die ernste Pflicht, zu überlegen, wie sie vermindert werden können.

Hg. Warmuth (Sp.): Auch wir sind für ein Näherkommen der beiden Nationen. Freilich sind unsere Hoffnungen nicht allzu hoch gespannt. Das deutsche Volk will und muß Weltpolitik treiben.

Hg. Bogner (Sp.): Im Jahre 1909 handelte es sich um ein Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb. Der Flottenverein geht immer noch weiter mit derselben Skrupellosigkeit wie früher. Die neuen Rüstungen liegen nur im Interesse der Rüstungsinteressenten. Wenn die Herren das nicht zugeben, so ist das ein politischer Schwindel. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen.)

Staatssekretär v. Tirpitz: In den langen Jahren meiner Amtstätigkeit hat kein Rüstungsinteressent auch nur den leisesten Einfluss auf meine Entscheidungen gehabt. Der Flottenverein ist zu unrecht angegriffen worden. Ich habe auf den Flottenverein gar keinen Einfluss. Daß der Verein für die Flotte agitiert, das ist sein Zweck. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Es folgt die Einzelberatung, zunächst über den Titel „Seewarten und Observatorien“.

Hg. Pfleger (Str.) fragt an, ob die Marineverwaltung sich die wertvollen Sammlungen der Jesuiten in Weihai-Wei nutzbar gemacht habe.

Es folgt der Titel „Verkleidungsämter“.

Hg. Albrecht (Sp.): Die Arbeiter, die an die Verkleidungsämter liefern, werden zu gering bezahlt.

Hg. Pfleger (Str.): Die Arbeiter sollten den Innungen und Heimarbeitern übertragen werden.

Admiral v. Capelle: Wir haben grundsätzlich keine Bedenken, einen Teil der Uniformen in Privatbetrieben herstellen zu lassen.

Hg. Erzberger (Str.): Die Marineverwaltung sollte die Lieferungen nur auf 1 Jahr vergeben, nicht auf längere Zeit.

Das Haus vertagt sich auf Samstag 10 Uhr.
Tagesordnung: Militärstrafgesetznovelle, Weiterberatung des Marineetats, Etat des Reichseisenbahnwirts. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 21. Februar.

Sitzung der Stadtverordneten.

Die gestrige Sitzung war von 40 Stadtverordneten besucht und wurde vom Stadtverordneten-Vorsitzer Justizrat Dr. Albert geleitet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Beigeordneter Bräuer mit, daß die Platanen und die Ahornbäume am Neubau des Museums aus Rücksicht auf den Bau nach Ansicht der Parkdeputation fallen müssen und daß dafür eine Reihe Aulafazien gepflanzt werden soll.

Die Versammlung stimmte dem zu.
Bewilligung von 74 000 M. für Einlegung des zweiten Gleises in der Vierkadtler Straße zwischen Felsenkeller und der Ringweiche.

Die Verlängerung der Weiche vor dem Vierkadtler Felsenkeller ist aus folgendem Grunde für den Betrieb erforderlich:

Bei 10 Minutenverkehr ist jetzt eine Wagenkollision an der Wilhelmstraße und oben an der Ringweiche. Diese Strecke kann von einem Wagen nur sehr knapp in fünf Minuten durchfahren werden. Wenn dazu eine Verspätung eintritt, so muß der an der Ringweiche ankommende Wagen warten, bis der andere Wagen ankam und da die Fahrzeit von der Ringweiche nach der Wilhelmstraße auch in 5 Minuten nur knapp geleistet werden kann, so wird der folgende Wagen schon mit Verspätung an der Wilhelmstraße abfahren. Eine solche einmal eingelegene Verspätung überträgt sich dann bei dem eingleisigen Betrieb auf die ganze Bahn und natürlich auch, da die Wagen nach Dohheim durchlaufen, auf diese Linie. Es kommt daher jetzt oft vor, daß auf der Dohheimer Linie, wo die Wagen in 5 Minutenverkehr laufen sollen, der Vierkadtler Wagen in einem Abstand von 6—7 Minuten dem vorhergehenden Wagen folgt und dann der folgende nur von der Wilhelmstraße ablaufende Wagen in 3 Minuten Abstand.

Um diese unzulässige sehr unheimlich machende Unregelmäßigkeit zu vermeiden, soll die Ringweiche nach dem Felsenkeller zu verlängert werden, damit die Fahrzeit von 5 Minuten zwischen der Wilhelmstraße und dieser Kreuzungstelle bestimmt eingehalten werden kann.

Stadt. Lohse als Berichterstatter des Bauausschusses erläuterte die Vorlage mit Angaben über die Art der Pfählung und der Verteilung des geforderten Betrages auf die einzelnen Arbeiten.

Stadt. Reichwein hält den Antrag für ein Armutszeugnis für die Bahn, die jährlich 20 000 M. Zuschuß erfordert. Er empfiehlt, vor der Bewilligung der Summe zu untersuchen, ob die Bahn nicht besser durch die Theodorstraße geleitet werde, für die erst vor anderthalb Jahren zu diesem Zwecke große Kosten aufgewendet worden sind. Der Redner führt lebhaft Klage über das starke Geräusch der der Vierkadtler Höhe erklingenden Wagen, und bezweifelt die Sicherheit des Betriebes auf der stark ansteigenden Strecke.

Stadt. Baumbach bringt die gleichen Klagen vor und beschwert sich über den unregelmäßigen Verkehr. Der Redner möchte wissen, wie es mit den Verhandlungen mit der Süddeutschen steht, die der Magistrat schon seit langer Zeit führt.

Baurat Petri führt aus, daß die eventuelle spätere Verlegung der Bahn durch die Theodorstraße die Vorlage nicht beeinflusse. Die beantragte Zweigleisigkeit werde die Sicherheit des Verkehrs erhöhen.

Oberbürgermeister Gläffing teilt mit, daß die Verhandlungen mit der Süddeutschen bis jetzt meist ein klägliches Ergebnis gehabt haben. Es sei jetzt darin Besserung zu erwarten, da ein Direktorenwechsel stattgefunden hat. Der bisherige Direktor sei immer geneigt gewesen, den Vertrag gegen die Stadt auszuhebeln. Wäre die Bahn nicht durch die Vierkadtler Straße gebaut worden, so hätte man überhaupt keine Konzession bekommen.

Bauinspektor Berlit erklärt das Geräusch der Wagen mit der großen Arbeit, die der Motor bei der Bergfahrt zu leisten hat und mit der sehr häufig vorgezeichneten Anbringung der Schienenbremsen. Kommen übermäßige Geräusche vor, so wird der betreffende Wagen untersucht und, wenn nötig, ausgeteilt. Demnach werden fünfzehn Wagen, jeder mit einem Kostenaufwand von 800 M., in der Weise umgebaut, daß Widerstände und andere Teile auf das Dach verlegt werden.

Stadt. Gessmer tritt dafür ein, daß die Ueberführung der grünen Linie über den Ring so eingerichtet wird, daß das laute Geräusch dabei vermieden wird.

Baurat Petri entgegnet, daß die Ueberführung der Linie Reichstraße über den Ring noch in diesem Jahre abgeändert werden soll.

Bewilligung von 8500 M. für Einrichtung von Räumen im Unterbau des Pavillons III des städtischen Krankenhauses für Zwecke der Strahlenreinigung.

Die Vorlage, die in der letzten Sitzung schon eingehend besprochen worden ist, wurde nach einem Bericht des Stadtv. Kallwaller angenommen.

Bericht des Bauausschusses über Prüfung der Frage betreffend die Wahl eines Bauplatzes für eine staatliche höhere Lehranstalt in Wiesbaden.

Stadt. Fink erstattet den Bericht und teilt mit, daß folgende Plätze besichtigt worden sind:

1. Schöne Aussicht. Der Aussichtspunkt bezeichnet den Platz wegen seiner Lage auf hoher Höhe und aus anderen Gründen für ungeeignet.
2. Langenbedplatz ist ungeeignet u. a., weil er an einer unausgebauten Straße liegt und deshalb viele Kosten erfordern würde.
3. Beim Archiv. Zu weit Entfernung vom Mittelpunkt der Stadt. Der größte Teil der Schüler müßte über sehr verkehrsreiche Straßen gehen, was mit Gefahren verknüpft ist.
4. Beethovenstraße. Die Minderheit des Ausschusses hält den Platz wegen seiner ruhigen Lage, der geringen Steigung und der vollständig ausgebauten Straße für geeignet. Der Mehrheit ist er zu weit entfernt, auch wehren sich die Anwohner gegen die Schule.
5. Am Rondel. Die Mehrheit des Ausschusses hält den Platz für geeignet wegen seiner zentralen Lage. Die Schule wird von den Anwohnern gern gesehen. Der große Platz ist günstig für die Bebauung und gut gelegen für auswärtige Schüler. Die Minderheit hält den Platz für ungeeignet wegen der Nähe des Bahnhofes und starken Fallens des Geländes.

Der Magistrat hat nach der Besichtigung beschlossen, den Platz an der Beethovenstraße anzugeben und dem Provinzial-Schul-Kollegium den Platz am Rondel zu empfehlen. Bedingung des Rentenans ist bekanntlich Uebernahme des Gebäudes des humanistischen Gymnasiums durch die Stadt.

Der Ausschuss beantragt deshalb außer der Wahl des Platzes am Rondel die Bewilligung von 210 000 M. für die Erweiterung des genannten Gebäudes nach der Fertigstellung des Neubaus des Rgl. Realgymnasiums am 1. April 1915. Das humanistische Gymnasium soll der Gewerbl. und Kaufmännischen Fortbildungsschule und Zwecken der Jugendpflege dienen. Auf dem Platz des jetzigen Rgl. Realgymnasiums soll später ein Neubau für das humanistische Gymnasium errichtet werden.

Stadt. Degenhardt bekämpft in längeren Ausführungen den Platz am Rondel als ungeeignet für eine höhere Schule und empfiehlt den Platz an der Beethovenstraße, der allen Anforderungen entspreche.

Stadt. Siebert ist der gleichen Ansicht; er schlägt auch, daß die Rgl. Regierung den Platz am Rondel nicht genehmigen werde und daß dann eine jahrelange Verschleppung der Angelegenheit eintritt.

Stadt. Voss. Dr. Albert macht Mitteilung von einer Unterredung mit dem Direktor des Rgl. Realgymnasiums, der erklärt habe, der Platz am Rondel sei ungeeignet und er werde ihn pflichtgemäß mit allen Mitteln bekämpfen.

Oberbürgermeister Dr. Gläffing führt aus, daß der Magistrat beabsichtige, die Regierung auf den Platz am Rondel aufmerksam zu machen. Wenn sie ihn nicht für geeignet halte, so könne sie ja auf den Platz an der Beethovenstraße zurückgreifen.

In einer langwährenden Debatte werden von einer ganzen Anzahl Redner die Gründe für und gegen die beiden zur Wahl stehenden Plätze abgewogen.

Stadt. Gessmer beantragt schließlich, die Angelegenheit zu vertagen, und nach einem neuen Platz Umschau zu halten.

Dieser Antrag wird mit 18 gegen 17 Stimmen angenommen.

Der Fluchlinienplan über die Abänderung von Straßen in den Distrikten Hülberg, Hülbern und Ueberried wurde genehmigt, ebenso die Rückveräußerung von Grundstücken an der Weinbergstraße infolge Abänderung des Fluchlinienplanes.

Gewährung eines hypothekarischen Darlehens an das Johannesstift und Erhöhung des bisherigen Zuschusses.

Stadt. Dohs als Berichterstatter führte aus, daß das Stift von der Stadt eine zweite Hypothek von 20 000 M. zu 4 1/2 Proz. verzinslich hinter einer ersten Hypothek von

Feuilleton.

Kleine Mitteilungen.

Die Teilnehmer an den im Herbst hier stattgefundenen Th. Viehwissenschaftlichen Vorlesungen über moderne Biologie interessieren die Mitteilung, daß eine kurze philosophische Ergänzung kürzlich unter dem Titel „Zur gegenwärtigen Stand der Erkenntnistheorie“ bei J. B. Bergmann hier erschienen ist.

„Die Fliegerprinzessin“, Operette in drei Akten, Text von Dr. Gustav Andenfeldt (Mitverfasser der Operette „Die Mutterweiber“), Musik von Michael von Rozewicz, wird im Sommer 1914 am Thalia-Theater (Direktor Wills Karl) in Chemnitz zur Aufführung gelangen.

„Der König der Juden“ verboten. Aus Petersburg wird gemeldet: Der heilige Synod, den die Konserwativen und der heilige Synod gegen das Stück des Großfürsten Konstantin „Der König der Juden“ geführt hat, hat den Erfolg gehabt, daß die öffentliche Aufführung des Stückes in Rußland verboten wurde. Der heilige Synod hat das Stück für antichristlich und für die Volksmoral gefährlich erklärt. Großfürst Konstantin darf dagegen das Stück vor geladenen Gästen auf der kaiserlichen Eremitage-Bühne aufführen lassen.

Buntes Feuilleton.

Maeterlinck über die denkenden Pferde von Elberfeld. Maeterlinck, der Dichter und Tierfreund, hat im vergangenen September die rehnenden Pferde in Elberfeld besucht. Den Eindruck, den er davongetragen hat, hat er selbst in Worte gefaßt, und die reichhaltige, von Karl Kraus in Elberfeld herausgegebene „Tierwelt, Zeitschrift für vergleichende Seelenkunde“, ist nun in der Lage, die Aeußerung des Dichters in ihrem jüngsten Heft in französischer und deutscher Sprache nebeneinander zu veröffentlichen. Maeterlincks Worte lauten folgendermaßen: „Am 8. und 4. September vorigen Jahres habe ich zwei Vormittage und einen Nachmittag im Stalle der Elberfelder Pferde zugebracht. Ruhamed, Jarrif, Händchen und der blinde Bertio haben abwechselnd vor mir gearbeitet und Aufgaben von den einfachsten Additionen bis zu den verwickeltesten Wurzelrechnungen gelöst. Ich habe Elberfeld verlassen, überzeugt, wie man es nur sein kann, von der Wirklichkeit, der vollkommenen Aufrichtigkeit der wunder-

baren und unerklärlichen Tatsachen, die ich dort mit meinen eigenen Augen gesehen habe. Uebrigens genügt ein einständiger Aufenthalt in der laueren Atmosphäre des fantastischen, aber redlichen (lokalen) Stalles, um auch nicht den leisesten Verdacht eines Betruges oder Schwindels in einem selbst noch so misstrauischen Geiste aufkommen zu lassen. Die Theorie der unbewußten Bewegungen des Fragestellers hält der Prüfung nicht mehr stand. Bezüglich der Hypothese der Gedankenübertragung, der ich gungelste, muß ich bekennen, daß meine Versuche, die zwei Tage darauf von denen Dr. Gaenels vervollständigt wurden, dieselbe ebenfalls ausschließen scheinen. Mit Kraus, dessen Autorität hier das größte Gewicht hat, muß man also zugeben, daß die Pferde selbständig, ohne irgendwelche Hilfe, ohne irgendwelchen fremden Einfluss, durch die alleinigen Kräfte ihres Verstandes, die schwierigen ihnen gestellten Aufgaben lösen. Sonst müßte man zur mediumistischen Hypothese seine Zuflucht nehmen, die aber in dieser kurzen Erklärung unmöglich erörtert werden kann, und der ich eine besondere Studie zu widmen gedenke. Beide Auslegungen sind in gleicher Weise verwirrend, weltreichend und geheimnisvoll und eröffnen uns die Pforte zu unendlichen Gedanken, Folgerungen und — Hoffnungen.“

Die Kanzel als Schaubühne. Im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten ist wirklich alles möglich, selbst daß die Kanzel der Kirche zur Schaubühne, ja zum Variété, und der Prediger zum Schauspieler, ja zum Verwandlungskünstler wird. Beweis: Pfarrer August T. Rempton, Geistlicher an einer Kirche in Cambridge, der unweit Boston gelegenen Universitätsstadt im Staate Massachusetts. Pfarrer Rempton bemerkte seit einigen Monaten, daß der Besuch seiner Kirche mehr und mehr abnahm. Er fragte nach dem Warum und fand, daß die Variététheater und noch mehr die Kinotheater ihm solchen Abbruch täten, und als bald sagte er sich, was Kino und Variété könnten, könne er noch lange. Geklagt, geklagt: er führte seinen glänzenden Einfall aus, wandelte die Kanzel in eine Bühne um und trat selber auf — als predigender Schauspieler oder schauspielender Prediger. Der Erfolg war glänzend: seit vielen Wochen sind in Pastor Remptons Kirche nicht nur die Sitzplätze lückenlos besetzt, sondern es ist kaum möglich, einen Sitzplatz zu erhalten. Was ist es nun, was die Leute in Remptons Kirche zieht? Anstelle der Predigt führt er etwas vor, das man vielleicht mit dem Modewort „Sketch“ bezeichnen könnte. Es handelt sich um einen kleinen Aus-

schnitt aus dem Leben, in dem natürlich die Tätigkeit der Kirche und ihrer Seelsorger eine Rolle spielt, und der sich dabei in, daß Pfarrer Rempton alle Rollen selbst spielt und zwar wirklich glaubwürdig spielt. B. A. ein „Sketch“, dessen Titel sich etwa folgendermaßen übersetzen ließe: „In der Dachkammer des Schenkenviertels. Personen: Dan Howard, beschäftigungsloser Arbeiter — Herr Rempton; Frau Anne Howard — Herr Rempton; Annie Howard, bei der Tochter — Herr Rempton; Dr. Warren, Geistlicher — Herr Rempton. Die Szene spielt in dem ärmlichen Gemach der Howards, in dem ein verfallener Tisch und einige desgleichen Stühle stehen. Zeit: Weihnachtsabend. Nun beginnt das Stück: Herr Rempton hat einen Schal um die Schultern geworfen, sitzt als Frau Anne Howard da, jammernd darüber, daß es Weihnachten sei, daß sie kein Stück Brot im Hause und ihr Mann nichts zu arbeiten habe. Rempton wirft dann den Schal ab, entfernt sich, kommt so gleich als Dan Howard zurück, klopft seiner Frau (die gar nicht da ist) auf die Schulter und berichtet dann erbittert, daß er heute wie seit Wochen die Stadt auf der Suche nach Arbeit durchkreuzt habe, wieder vergeblich; er sei nun am Ende seiner Kraft. Herr Rempton legt alsdann wieder seinen Schal um und erzählt nun als Frau Howard, daß Pfarrer Warren dagesessen sei. Der Schal wird wieder abgeworfen und Dan Howard hängt an, auf die bekränzte, rotenwangigen, langröckigen Geistlichen zu fluchen, worauf seine Frau — Herr Rempton mit Schal — ihm sagt, so einer sei Dr. Warren nicht, im Gegenteil, er sähe ganz aus, als wolle er ihnen helfen. Rempton muß nun eilends wieder weghängen, denn er hat im nächsten Augenblick als Pfarrer Dr. Warren anzukommen. Er kredt Dan Howard die Hand hin, schlüpft dann in dessen Rolle und lehnt diese Begrüßung ab, um dann zu sagen, er wolle nichts von ihm wissen, ihm liege an Brot und nicht am Troste der Religion. Rempton dreht sich sofort wieder um und spricht als Pfarrer Warren, er sei als sein wahrer Freund gekommen, dann geht er ab, und der zurückgebliebene Howard tröstet nun sein Kind, dem das Christkind nichts mitgebracht hat. Das Kind — Pfarrer Rempton — fragt mit kindlicher Stimme, ob das Christkind — etwa aus Arbeitslosigkeit? Schließlich kommt Rempton als Pfarrer Warren zurück. Er hat einen großen Korb mit ehernen Dingen mitgebracht und bedankt sich dann in der Rolle Howards bei sich selbst, will sagen: bei dem freundlichen Geistlichen und bekundet, er sei jetzt glücklich und ein Christ ...

197 000 M. erbitte. Der Berichtstatter schilderte zur Unterhaltung seines Besuches die Tätigkeit des Stiftes an gefallenen Mädchen. Eine Ausdehnung dieser Tätigkeit auch auf evangelische Mädchen, die von der Zeitung beabsichtigt gewesen sei, habe leider nicht die Genehmigung der Regierung erhalten.

Stadtv. R. Müller meint, diese Genehmigung wäre wohl in der berechtigten Annahme verfaßt worden, daß die evangelischen Mädchen Befehtungsversuchen ausgesetzt sein würden. Seine sozialdemokratischen Freunde würden für seine derartige Ansicht etwas bewilligen. Die Fürsorge gehört in die Hände von Staat und Gemeinde.

Gymf. Traverser erläutert, daß es sich bei dem Stifte nicht um die geistliche Fürsorge handelt, sondern um eine Wohltätigkeitsanstalt.

Stadtv. Fink tritt noch warm für die Anstalt ein, worauf der Antrag angenommen wird.

Dem Schulteiener J. Trapp wird das ihm gefälligst aussehende Ruhegehalt bewilligt.

Neuwahl von vier Mitgliedern der Schuldeputation.

Vorgeschlagen ist, die bisherigen Mitglieder wiederzuwählen.

Stadtv. Fink erklärt namens des Zentrums, daß sie sich der Abstimmung enthalten würden, wenn über alle 4 Mitglieder gleichzeitig abgestimmt werden sollte. Seine Freunde seien nicht in der Lage, den Justizrat v. Ed. zu wählen.

Stadtv. v. Ed. führt ungefähr folgendes aus: Ich habe heute vor 4 Wochen den sogenannten Kuhhandel zur Sprache gebracht und habe mir weiter nichts Vöses dabei gedacht, als Herr Fink seine Klagen über Imparität losließ. Ich habe ihm damals entgegengetreten und ihn auch gefragt, ob und wann jemals in den letzten 18 Jahren die katholische Minderheit nicht zu ihrem Recht gekommen sei und habe hinzugefügt, „vielleicht in der Schuldeputation“. Ich habe dann auf die scharfe Rede des Herrn Fink die scharfen Worte gebraucht, die vielleicht etwas zu scharf waren, wie das in einer Debatte mal vorkommt. Auf die darauf folgenden Auslassungen der „Rhein. Volksztg.“ habe ich nicht geantwortet und werde ich auch nicht antworten; es ist nicht nötig, daß die Volksseele noch weiter zum Kochen gebracht wird. Ich würde auch dem Kathol. Lehrerverein nicht antworten, wenn er nicht behauptet hätte, ich hätte die Unwahrheit gesagt, der Katholische Lehrerverein habe nicht den Kampf gegen die Simultanschule auf seine Fahnen geschrieben. In den Statuten steht das allerdings nicht. Aber im Jahre 1910 ist bei einer Generalversammlung des Deutschen Kathol. Lehrervereins das „Pfingstgeplöbe“ abgelegt worden: „Kampf der Simultanschule“. Die badiischen Lehrer haben noch am gleichen Tage für sich den Beschluß als ungültig erklärt. Die Wiesbadener katholischen Lehrer, die auf der Versammlung vertreten waren, haben es abgelehnt, dem Beispiel ihrer badiischen Kollegen zu folgen. Damit ist bewiesen, daß die katholischen Lehrervereine den Kampf gegen die Simultanschule auf ihre Fahnen geschrieben haben. Ich will keinen katholischen Lehrer in der Deputation haben, weil er katholisch ist, sondern weil er die Simultanschule bekämpft. Ich habe übrigens vor 4 Jahren Hrl. Muffet gewählt und werde sie auch wieder wählen. Der Redner weist dann zahlenmäßig nach, daß es mit der vom Stadtv. Fink gerühmten Parität in Klagen nicht stimme, daß dort vielmehr alle wichtigeren und höheren Stellen mit Katholiken unter beinahe vollständigem Ausschluß der Evangelischen besetzt seien.

Stadtv. Dohs erklärt, daß der Ausspruch des Herrn v. Ed. über die katholischen Lehrer für diese und die Katholiken im allgemeinen beleidigend gewesen sei und spricht sein Bedauern über die Störung des konfessionellen Friedens aus.

Stadtv. Demmer geißelt einen Artikel der „Rhein. Volksztg.“, in welchem sogar gefordert wurde, daß Stadtv. Dr. Pröbting nicht wieder in die Schuldeputation gewählt werden solle, weil er Vorsitzender des Feuerbestattungsvereins sei.

Stadtv. Dr. Pröbting teilt mit, daß er schon vor Erheben des Artikels und selbstverständlich aus anderen Gründen beschloßen habe, eine Wiederwahl in die Deputation nicht anzunehmen und legt die Gründe dar, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, dem Schulrat Dr. Geisler die Wahl in die Deputation zu ermöglichen.

Stadtv. Fink hält gegenüber dem Justizrat v. Ed. seine Behauptungen über die in Städten mit katholischer Mehrheit geübte Parität und Toleranz aufrecht und verpricht die Beibringung der beweisenden Zahlen bei späterer Gelegenheit.

Die Debatte, die auch die letzte Beigeordnetenwahl noch mals aufbricht, setzt sich noch eine Zeit lang zwischen den Stadtverordneten Dohs, Baumhach, v. Ed., Fink, Kaltwasser, Rüder und Müllrich fort, worauf zunächst die Herren Dr. Duderhoff, M. Müller und Kärner zur Wahl gestellt und gewählt werden. Darauf wird Justizrat v. Ed. zur Wahl gestellt und gleichzeitig, und zwar gegen 8 Stimmen, gewählt.

Das endgültig abgeänderte Ordnungsstatut betreffend die gewerbliche Fortbildungsschule wurde angenommen.

Von der letzten Anstellung der Lehrerin Sally Bandau und des Portiers bei der Kurverwaltung Karl Jung nahm die Versammlung Kenntnis.

Die Bitten von Armenpflegern sowie Armen- und Waisenpflegern wurden nach Vorlesung vollzogen und einige Vorlagen zur Beratung den Ausschüssen überwiesen. Die Sitzung hatte über drei Stunden gedauert.

Neue Triebwagen auf der Eisenbahn. Auch im laufenden Jahr wird die Zahl der Triebwagen im Gebiet der preussisch-hessischen Staatsbahnen wieder vermehrt. Schon die zuletzt in Betrieb genommenen Wagen, die zum Teil auch den Bezirken Frankfurt und Mainz zugeteilt wurden, hatten gegen die Wagen älteren Systems den Vorzug, daß sie größere Strecken zurücklegen konnten, ohne daß die Akkumulatoren neu geladen zu werden bräuchten, und daß sie mehr Reisende mitnehmen konnten als die älteren Wagen. So können heute die Triebwagen 180 Kilometer durchfahren, ohne daß die Akkumulatoren neue Stromzufuhr erhalten. Die zukünftigen Wagen werden nicht mehr Akkumulatoren-Doppel-, sondern gleich Dreifachwagen sein, also noch mehr Fahrgäste aufnehmen können. Die Leistungsfähigkeit der Wagen wird durch andere Konstruktion der Akkumulatoren wesentlich erhöht, ohne daß das Gewicht allzu sehr vermehrt wird. So vervollständigen sich auch die Triebwagen immer mehr und ihre Zahl wird im Gebiet der preussisch-hessischen Staatsbahnen immer größer, obwohl die Expansiv gegenüber kurzen Dampfszügen nur sehr gering ist.

„Friedrichshelm.“ Der Verein für Krämpfelfürsorge errichtet bekanntlich an der Niederräder Schiene in Frankfurt nahe bei den hiesigen Krankenhäusern eine große Heil- und Erziehungsanstalt, welche gemäß den Wünschen der Stifterin, Frau Geheimrat v. Krell in Heidelberg, den Namen „Friedrichshelm“ tragen wird. Der Neubau ist bereits unter Dach. Der Verein hat zum leitenden Arzt und Direktor den ordentlichen Honorar-

professor an der Breslauer Universität Professor Dr. Karl Ludloff gewählt.

Königliches Theater. Die Reihenfolge der Abonnementsbuchungen für die folgende Woche ist folgende: Sonntag A, Montag D, Dienstag B, Mittwoch A, Donnerstag C, Freitag B, Samstag D, Sonntag B, Montag C.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw.

4. Kurhaus-Maschinenball. Trotz der vielen am heutigen Samstag stattfindenden Vereinsmaschenbälle scheint auch der 4. Kurhaus-Maschinenball eine große Besucherschar zu finden. Die Eintrittspreise betragen 2 M. für Inhaber von Abonnements- und Kurtagkarten, 4 M. für Nichtabonnenten.

Königliche Schauspiele. Nebbals erfolgreiche Operette „Polenblut“ geht heute zum 6. Male in Szene. — In der morgen stattfindenden Aufführung der Oper „Carmen“ mit Hrl. Bommer in der Titelrolle singt Herr Scherer zum ersten Male den „José“, in den weiteren Hauptpartien finden die Damen Balzer-Vichtenstein, Friedfeldt, Marié und die Herren Breßer, Edard, Geisse-Winkel, Vichtenstein und v. Schend beschäftigt. (Ab. A.). — Zur Einführung von Richard Wagners „Parsifal“, dessen Einführung für Sonntag, den 8. März d. J., vorgesehene ist, findet am Sonntag, den 1. März d. J., nachmittags 2½ Uhr, im Hoftheater ein Negationsvortrag des Herrn Kammerlingers Vorchammer statt. Hierbei wird die königliche Kapelle unter Leitung des Herrn Prof. Mannsbaet mitwirken und u. a. das Vorspiel zum 1. zum 2. und zum 3. Akt spielen. Der Vortrag dauert einschließlich der Pausen etwa drei Stunden und findet bei den bekannten Volkspreisen statt. Eine Vorverkaufsgeldgebühr wird nicht erhoben. Der Vorverkauf beginnt Sonntag, den 22. Febr. d. J., nachmittags 9 Uhr.

Im Thalia-Theater findet heute Samstag Programmwechsel statt. Besonders interessieren dürfte eine Vorführung moderner Tänze, wie Tango, One Step, Boston und Maxixe, ausgeführt von einem französischen Tanzpaar, welches im Berliner Tanz-Debut 1914 den 1. Preis davontrug. Zur Bedung der Kostnachtsstimmung enthält das Programm eine hochkomische Max Vinder-Zurleske und eine zweifelhafte Komödie „Baldwin Globetrotter“.

Der beliebte Preismaschenball des Männergesangsvereins „Fidelio“ findet auch in diesem Jahre wieder am Fastnachts-Sonntag, den 21. Febr., abends von 8 Uhr ab, im Apollo-Theater (Kaisersaal) statt. Vier Damen-, drei Herren- und ein Gruppenpreis kommen an die schönsten resp. originellsten Masken zur Verteilung; erste Preise sind eine Damen- und eine Herrenmütze.

Aus den Vororten.

Wiebich.

Wachsende Schulklassen. Im neuen Haushaltsvoranschlag unserer Stadt erfordern die Schulklassen eine Mehraufwendung von 20 000 M. gegen das Vorjahr. Am 1. April gelangen wieder 4 neue Volksschullehrer zur Anstellung.

Gefährliche Gesellschaft. In der Waldstraße wollte vorgestern ein fliehender Schuttmann zusammen mit einem Wiesbadener Kriminalbeamten in der Familie eines Wadsteinmachers, die der Täterschaft an den in den letzten Tagen verübten Gartendiebstählen verdächtig war, Hausdurchsuchung abhalten. Als die Beamten zu diesem Zweck sich in die Wadsteinhütte begaben, wurden sie von vier Männern und zwei Frauen sehr übel empfangen. Man schlug mit Messern und Besenstielen auf sie ein, und einer der Kerle warf sogar den brennenden Ofen gegen die Beamten. Bis diese Hilfe herbeiholen konnten, hatten die zwei Haupttäter bereits das Weite gesucht, während die Namen der andern festgestellt werden konnten.

Dogheim.

Militärverein. Im vergangenen Jahre ist eine Anzahl Mitglieder neu eingetreten, so daß die Mitgliederzahl jetzt auf 100 geliegen ist. Bei der auf der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung vorgenommenen Vorstandswahl wurden gewählt: Karl Ehinger zum 1. und Chr. Piefer zum 2. Vorsitzenden, Jakob Ott zum 1. und Ph. Böhm zum 2. Schriftführer, August Böhm zum 1. und Karl Großmann zum 2. Kassierer, Joh. Klepper und Andreas Steinbach zu Beisitzern und Arch. Nies und Chr. Kaiser zu Rahmenträgern. Um die alle Monat stattfindenden Vereinsabende zu beleben, sollen diese Abende durch belebende Vorträge u. dergl. interessanter gestaltet werden. Auch soll der Verein in Zukunft eine lebhafte Tätigkeit nach außen hin entfalten. Für das Vereinslokal wurde eine Vereinsgruppenbild angefertigt.

Rambach.

Billiges Schweinefleisch. Durch das rapide Sinken der Schweinepreise wurden hier in der letzten Zeit viele Tiere von den Rüstern selbst geschlachtet und dann ausgehauen. Während nun die Metzger 90 Pfg. für das Pfund verlangten, wurde es bei den Schlachtungen mit 80 Pfg. bezahlt. Am Freitag liegen nun die Metzgermeister durch die Ortsbehörde bekannt machen, daß bei ihnen von jetzt ab das Pfund Schweinefleisch 70 Pfg. koste.

Carneval. Die Turnerschaft e. V. veranstaltet am morgigen Sonntag im Saalbau „Zum Taunus“ einen Maskenball mit Preisverteilung. Die acht wertvollen (3 Herren- und 5 Damen-) Preise sind im Schanfenster des Uhrmachers Ab. Des hier ausgestellt. Derselbe Verein hält am Karntnachtsdienstag ebenfalls im „Taunus“ eine karnevalistische Sitzung ab.

Rassau und Nachbargebiete.

Die Verlegung des Müdesheimer Bahnhofes genehmigt.

Aus Müdesheim, 20. Febr., wird uns telegraphiert: Das zehn Millionen Mark-Projekt der Stadt Müdesheim soll nach hier eingetroffenen Meldungen vom Minister genehmigt worden sein. Es handelt sich um die Verlegung des Bahnhofes etwa 200 Meter unterhalb der jetzigen Stelle und gleichzeitige Umlegung der Bahnstrecke hinter die Stadt Müdesheim.

Niedrich, 21. Febr. Maskenball. Der Carnevalverein Narthalla veranstaltet am morgigen Sonntag im Gasthaus „Zur Krone“ einen Preismaschenball, und am Dienstag einen humoristischen Fastnachtszug; Aufstellung nachmittags 2 Uhr. Darauf folgt ein Maskenball.

Rosenheim, 20. Febr. Maskenball. Am Fastnachtsdienstag hält der Rauchtub „Goldkammer“ im großen Saale des Gasthofs „Zum Adler“ seinen ersten Preismaschenball ab.

Bremberg (Unterlahnfeld), 20. Febr. Maskenball. Am Sonntag, 22. Febr., abends 7 Uhr findet beim Gastwirt Heint. Chr. Köppl ein öffentlicher Preismaschenball, veranstaltet vom Turnverein, statt.

+ Königstein, 19. Febr. Mischpantier. Die Frau des Schmiedemanns Th. in Niddbach war angeklagt, der zum Verkauf gebrachten Milch zur Hälfte Wasser zugesetzt zu haben. Das Schöffengericht verurteilte sie, trotzdem sie es in Abrede stellte, daß sie das Wasser der

Milch zugesetzt habe, zu 50 M. Geldstrafe oder zehn Tagen Gefängnis und in die Kosten.

+ Königstein, 19. Febr. Ortskrankenkasse-Vorstandswahl. Bei der gestern Abend erfolgten Vorstandswahl wurde als 1. Vorsitzender Adam M. Fischer und als 2. Vorsitzender August Lindner von beiden Gruppen einstimmig wiedergewählt. Ersterer wurde von den Arbeitnehmern, letzterer von den Arbeitgebern zur Wahl vorgeschlagen. Die auf den Ausgang der Wahl gesetzten Hoffnungen gewisser Leute sind nicht in Erfüllung gegangen. Herr Fischer versteht seinen Posten schon sehr zehnjährig und Herr Lindner bekleidet ihn bereits zwölf Jahre. Nach der so glatt verlaufenen Vorstandswahl wurden die Verhandlungen mit dem Kreisverein Königstein und Umgebung fortgesetzt.

r. Herborn, 20. Febr. Bei der gekrönten Stadtverordnetenwahl wurde Vederhändler Klein mit 117 Stimmen gewählt. Postsekretär Jung erhielt 87 Stimmen.

r. Burbach, 19. Febr. Diamantene Hochzeit. Das Ehepaar Karl Conzermann beging am Montag das fünfundsiebzigjährige Ehejubiläum. Der Jubilar zählt 80 und die Jubilarin 87 Jahre. Dabei sind beide noch sehr kräftig.

a. Frankfurt, 20. Febr. Nachwirkungen des Hopfprozesses. Als vor mehreren Jahren die zweite Frau Hopfs in Niederhöchstadt unter Vergiftungserscheinungen erkrankte, brachten verschiedene Zeitungen die Nachricht, daß es sich offenbar um Vergiftungsversuche durch den Chemann Hopf handle, da ganz genau die gleichen Krankheitserscheinungen bei der zweiten Frau auftraten, wie man sie auch bei der Krankheit der ersten Frau festgestellt hatte. Hopf strengte damals sowohl gegen verschiedene Zeitungen und auch gegen Einwohner von Niederhöchstadt Privatklagen wegen Beleidigung an. Es erfolgte auch in allen Fällen Verurteilung. Einer der Verurteilten — er hatte damals 300 Mark Geldstrafe und die Kosten des Verfahrens zahlen müssen — hat nach dem „Fr. G.-M.“ nunmehr die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt, da sich die Richtigkeit seiner damaligen Behauptung durch die Schwurgerichtsverhandlung gegen Hopf herausgestellt hat. Das Verfahren wird natürlich beschleunigt werden müssen, da nach dem Gesetz der Strafvollzug, in diesem Falle also die Hinrichtung Hopfs, wenn eine Begnadigung nicht erfolgen sollte, durch eine Zivilklage nicht aufgehalten wird. Andererseits will man aber die Hinrichtung Hopfs nicht zu lange hinausschieben.

t. Frankfurt, 19. Febr. Explosion. In den hiesigen Elektrizitätswerken an der Seidenstraße erfolgte heute Nachmittag infolge Kurzschlusses eine Maschinenexplosion, wobei vier Arbeiter schwer verletzt wurden, darunter einer lebensgefährlich. Der Verkehr der Straßenbahnen und die Beleuchtung der Stadt erlitten dadurch eine längere Störung.

H. Frankfurt, 20. Febr. Verlegung des Zoologischen Gartens? Dem Vernehmen nach soll der hiesige Zoologische Garten in absehbarer Zeit nach Stützgart verlegt werden. Die Stadt steht wegen Verkauf des Geländes mit der Baufirma Beck u. Grünwald in Verhandlung. Wie verlautet, soll der Kaufpreis sechs Millionen Mark betragen.

— Seidesheim, 19. Febr. Entgleisung. Eine Unterfuchung, die über den am Dienstag auf der hiesigen Station vorgekommenen Eisenbahnunfall vorgenommen wurde, stellte fest, daß die Entgleisung der drei Güterwagen darauf zurückzuführen ist, daß der diensttunende Weichenwärter zum Bremsen der Rangierwagen einen Hemmichuh benutzte, der sich in der Weiche festklemmte. Da die beiden Gleise völlig geiperrt werden mußten, so floßte auf beinahe zwei Stunden jeder Verkehr.

N. Monsheim, 19. Febr. Der nationalliberale Verein hielt eine sehr stark besuchte Versammlung ab. Nach der Begrüßung durch den Altbürgermeister Heinrich Gräf erhaltete der Redner Schwarz den Kasenbericht, der einen Ueberschuß von 75 Mark aufweist. Alsdann sprach Landwirt Friedrich Gräf über das aktuelle Thema: „Kann die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk ernähren?“ Der Redner sprach in etwa einstündigem Vortrage die politischen Vorgänge, und die Stellungnahme zu dieser Frage in den deutschen Parlamenten. Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung, der deutschen Viehhälde, des Fleischverbrauchs, des Tennenhaues, die Schatzkölle, die klimatischen Einflüsse der letzten Jahre und die Wege der Lösung der Fleischversorgung sowie die Brotversorgung durch den deutschen Getreidebau wurden behandelt. Die innere Kolonisation, Arbeiterwohnungsfrage und billiges Pachtland wurden ebenfalls einer eingehenden Behandlung unterzogen. Der Redner schloß: Eine blühende deutsche Landwirtschaft wird das mächtige Bollwerk sein, an dem die Machtgelfüste unserer inneren und äußeren Feinde zerbrechen werden, und sie wird stets die Grundlage bleiben zum Wohle und Segen unseres deutschen Vaterlandes.

Gericht und Rechtsprechung.

Die „rote Rosa“ vor Gericht.

Am 26. September sprach in einer sozialdemokratischen Versammlung in der „Niederhalle“ in Rodenheim Rosa Luxemburg über die politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Am Tag vorher hatte sie in Rodenheim ein Vortrag über das gleiche Thema gehalten. In Rodenheim soll sie nach den Aufzeichnungen eines Stenographen den Tag gebraucht haben: „Wenn uns zugemutet werden soll, die Wodwaffe gegen unsere französischen oder anderen Brüder zu erheben, so rufen wir: Nein, das tun wir nicht!“ Wegen dieser Äußerung wurde Anklage gegen Rosa Luxemburg wegen Vergehens gegen die §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuches (Aufsorderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und zur Begehung einer nach § 95 des Militärstrafgesetzbuches unter Strafe gestellten strafbaren Handlung) erhoben. Den Vorsitz in der gestrigen Verhandlung vor der Strafkammer in Frankfurt führte Landgerichtsdirektor Dr. Heldmann, die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Hoffmann. Die Angeklagte wurde durch die Rechtsanwältin Dr. Rosenfeld (Berlin) und Dr. Levi (Frankfurt) vertreten.

In dem nach langwieriger Verhandlung zu Ende geführten Strafprozeß gegen Rosa Luxemburg wegen Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt und Anstiftung von Militärpersonen zum Ungehorsam gegen die Militärdisziplin wurde die Angeklagte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung beantragt. Die Verteidiger hatten natürlich auf Freisprechung plaidiert.

Der Prozeß gegen den Grafen Mielczynski. In Meserich begann gestern, wie schon mitgeteilt, der Prozeß gegen den früheren Reichstagsabgeordneten Grafen Mielczynski. Der Graf ist wegen Totschlags in zwei Fällen angeklagt. Er soll ohne Ueberlegung seine Frau und seinen Neffen erschossen haben. Bei der Bildung der Geschworenensbank lehnte der Staatsanwalt alle Geschworenen mit polnischem Namen ab, während die Verteidigung alle Beamten und adligen Quisbecker mit deutschem Namen ablehnte.

Luftfahrt.

Ein Flug Petersburg-Peking.

— Peking, 20. Febr. (Telegr.) Die russische Regierung hat dem französischen Piloten Janoir die Erlaubnis erteilt, einen Flug von Petersburg nach Peking zu unternehmen. Janoir, der mit der Organisation des russischen Militärflugwesens betraut worden ist, beabsichtigt, bei Beginn der Schneeschmelze, also etwa Ende April, den Flug auszuführen. Er hofft, die Strecke von 11000 Werst in einem Monat zurückzulegen. Er wird den Flug ohne Passagier beginnen und einen russischen Apparat von 80 Pferdestärken benutzen.

Bermischtes.

Tödlicher Unfall beim Kriegsspiel.

Aus Prag wird berichtet: In der Nähe der Stadt Raaden in Böhmen hat sich beim Kinderspiel ein entsetzlicher Vorfall zugefallen. Eine Anzahl Schulkinder spielte „Krieg“. Eine Partei waren die Türken, die andere die Montenegriner, welche letztere bei Verteidigung ihrer Stellung schwere Steine aus dem Abhang des Gertales lösten und hinabrollen ließen. Dabei töteten die Jungen einen Felsblock, der mehrere Zentner im Gewicht hatte. Er stürzte zu Tal; einer von den unterstehenden Angreifern, der 13 Jahre alte Sohn des Stadtkümers Oswald, konnte nicht mehr ausweichen und wurde unter dem Felsblock begraben. Alle Rettungsversuche waren vergeblich. Der Felsblock mußte schließlich gesprengt werden, um die geretteten Kinderleiche zu bergen.

Der steuerfeindliche Rodesfeller.

Aus New-York wird gemeldet: Zwischen dem Millionär Rodesfeller und den amerikanischen Steuerbehörden besteht momentan ein offener Krieg. Der Finanzmann weigert sich seit langer Zeit, die geforderte Vermögenssteuer zu entrichten. Trotz größter Bemühungen und scharfster Strafandrohungen ist es den Steuerbehörden bisher nicht gelungen, seine Wohnung selbst zu betreten. Um zum Ziele zu kommen, bediente man sich jetzt einer List. Am Mittwochabend hatte die Wache Rodesfellers einen Ball besucht. Ein junger eleganter Mann, der sich ihr genähert und mit ihr den ganzen Abend getanzt hatte, erhielt die Erlaubnis, ihr am anderen Tage seine Aufwartung machen zu dürfen. Kaum war dieser in die Wohnung gelassen, zog unter der Erklärung, Steuerbeamter zu sein, ein Koffer aus der Tasche und präsentierte ein Pfändungsprotokoll über 62 Millionen. Wohl oder übel sah sich Rodesfeller gezwungen, diese Summe zu bezahlen, um einer Pfändung aus dem Wege zu gehen. Erst jetzt haben die Behörden festgestellt, daß sie noch über 175 Millionen an rückständigen Steuern aus den letzten Jahren von ihm zu bekommen haben. Sie zerbrechen sich nun den Kopf darüber, wie sie es anfangen sollen, um die 175 Millionen einzufreiben.

Kurze Nachrichten.

Bereitetes Salsäureattentat auf die Ehefrau. Man meldet aus Schweden: Der Kupferschmied Runge aus Breslau, der als Beschäftigter bei den Vinko-Hoffmann-Werken von der Ausperrung betroffen wurde, versuchte seine hier von ihm getrennt lebende Frau mit Salsäure zu töten. Er wurde hieran jedoch zweimal gehindert, worauf Runge selbst eine größere Menge Salsäure trank. Mit schweren inneren Verletzungen brach er zusammen.

Festverdächtigter Postdampfer. Der Draht meldet aus London: Der Postdampfer „Salsette“, der die Post zwischen Bombay und Aden beförderte, traf im hiesigen Hafen ein. Das Schiff mußte bald darauf den Hafen wieder verlassen, ohne die Post an Bord genommen zu haben, nach dem dem Schiff verdächtige Ratten bemerkt hatte.

Ein Heilmittel gegen Rheumatismus. Der Lütticher Arzt Dr. Henry behauptet, ein neues Serum gegen rheumatische Erkrankungen entdeckt zu haben. Die belgische Akademie der medizinischen Wissenschaften hat einen Bericht des Lütticher Arztes eingefordert, sein neues Serum geprüft und als ernsthaft und frankschmerzmittel anerkannt.

Durch Kohlenmassen verschüttet. Nach einer Meldung aus Buthen wurden auf der Gottesberggrube in Antonienshütte durch zusammengefallene Kohlenmassen vier Bergleute verschüttet. Einer wurde als Leiche geborgen; für die anderen, die noch nicht zu Tage gefördert worden sind, besteht wenig Hoffnung, sie noch lebend aufzufinden.

Auskunftsstelle für Reise und Verkehr.

S. A. Von einer „Gefahr“ kann im eigentlichen Sinne des Wortes keine Rede sein. Ob es aber angezeigt erscheint, daß eine Gesellschaft von fünf zu Fuß wandernden Damen ohne Herrenbegleitung die genannten fabrikreichen Gegenden durchwandert, das möchten wir nicht entscheiden. Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Arbeiter, die morgens, mittags und abends die dortigen Landstraßen bevölkern, sind anständige Leute, die begegnenden Damen höflich ausweichen. Unsaubere Elemente gibt es aber überall und in allen Berufsständen. Mit solchen muß man sich gegebenenfalls eben abzufinden wissen. — Das Programm einer zehntägigen Fußtour können wir hier mit Rücksicht auf unsere Raumverhältnisse nicht bringen; erfordern Sie vom Sauerländischen Gebirgsverein in Arnsberg (Westfalen) die dort aufliegenden unentgeltlichen Prospekte „Das Sauerland“, in denen Sie alle möglichen größeren und kleineren Touren finden werden. Außerdem ist zu em-

pfehlen: Kneebuch: „Führer durch das Sauerland“, 2 M., und „Sauerländisches Wanderbuch“, 1,50 M.

Letzte Drahtnachrichten.

Beisetzungsfeier der Prinzessin Wilhelm.

Der Draht meldet aus Karlsruhe: Gestern Mittags 1 Uhr erfolgte die feierliche Ueberführung der Leiche der Prinzessin Wilhelm von Baden vom Palais in Karlsruhe nach Baden-Baden. Eine dicke Menschenmenge besetzte die Straßen, durch die der Trauerzug vom Palais bis zum Hauptbahnhof seinen Weg nahm. Militär, Vereine und Schulen bildeten Spalier. Die Straßen trugen besonderen Trauerschmuck. Unter dem Geläute der Kirchenglocken setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Eine Eskadron Dragoner eröffnete den Trauerzug. Vor dem geschlossenen Leichenwagen schritt die russische Geistlichkeit und hinter dem Wagen der Großherzog, Prinz Max von Baden, der Sohn der Entschlafenen, und ihr Schwiegersohn, der Herzog von Anhalt. Es folgten die noch hier weilenden Abgesandten kaiserlicher Höfe. Der Kaiser sowie andere Fürlichkeiten, die bei der gestrigen Trauerfeier anwesend waren, hatten die badische Residenz schon vormittags wieder verlassen. Eine Eskadron Dragoner beschloß den Zug. Nach einer halben Stunde trat der Trauerzug auf dem Hauptbahnhof ein. Der Fürstentumskrieg und der Fürstentums-Salonwagen trugen Trauerschmuck. Während der Sarg zu dem schwarz ausgeschlagenen und mit Blumen reich geschmückten Gedächtniswagen getragen wurde, spielte die Grenadierkapelle Choral. In dem hinter dem Leichenwagen laufenden Salonwagen nahmen die Fürsten Platz. Kurz nach 2 Uhr verließ der Zug die Bahnhofshalle. In Baden-Baden trat der Sonderzug um 3 Uhr ein. Die Ueberführung nach der russischen, von der Prinzessin gestifteten Kapelle vollzog sich im Wagen. Die Straßen, durch die sich der Zug bewegte, trugen ebenfalls Trauerschmuck. In der russischen Kapelle fand im allerersten Kreise eine kurze Trauerfeier statt. Dann wurde die Leiche der Prinzessin beigesetzt.

Espionageverdächtig.

Aus Brüssel meldet der Draht: Nach Blättermeldungen ist hier ein Lothringer, namens Ballinger unter dem Verdacht der Espionage verhaftet worden. Er hatte einen photographischen Apparat, französische und belgische Karten und eine Anzahl Photographien belgischer Festungen bei sich. Er erklärte im Dienste einer fremden Macht zu stehen. Da in Belgien kein Espionagegesetz besteht, wird er jedenfalls ins Ausland ausgewiesen werden.

Lloyd George erkrankt.

Aus London meldet der Draht: In dem Bestanden des Vordachstanzlers Lloyd George, der an Influenza erkrankt ist, ist eine Verschlimmerung eingetreten. Das Fieber ist im Laufe der Nacht auf 39 Grad gestiegen. Der Zustand des Kranken, der das Bett hüten muß, flößt einige Besorgnis ein.

Schweres Explosionsunglück.

Einer Meldung aus Glasgow zufolge ereignete sich ein schweres Explosionsunglück in den Nobelwerken in Stephenson (Grafschaft Ayr). Die Gewalt der Explosion war so groß, daß die Fabrikgebäude schwer beschädigt wurden. Sieben Arbeiter sind getötet worden und zwei schwer verwundet.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Börsen und Banken.

— Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank. Köln, 18. Febr. In der unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Justizrat Robert Effer heute stattgefundenen neunzehnten ordentlichen General-Versammlung der Rheinisch-Westfälischen Boden-Credit-Bank wurde die vorgelegte Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Konto einstimmig genehmigt, dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt, und beschlossen, 8 1/2 Prozent Jahresdividende auf das eingezahlte Aktienkapital zur Verteilung zu bringen und solche sofort auszuschütten; ferner wurden die nach dem Turnus aus dem Aufsichtsrat auscheidenden Mitglieder, nämlich die Herren: Kommerzienrat Ernst Vadenburg, Frankfurt a. M., Kommerzienrat Adrian Neversohn, Trier, Dr. jur. Paul Seligmann, Köln, Direktor Julius Stern, Berlin, wiedergewählt. An Stelle des durch Tod ausgeschiedenen Geh. Kommerzienrat Robert Kesselfaß, Aachen, wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt: Advokatmüller Dr. jur. Carl Freiherr von Neelsen, Aachen.

Marktberichte.

Diez, 20. Febr. Fruchtmarkt. (Durchschnittspreise für das Hektoliter.) Roter Weizen 16 M., fremder Weizen

15,60 M., Korn 11,80 M., Braugerste 10,75 M., Futtergerste 9 M., Hafer 7,90 M., (höchster Preis 8 M., niedrigster 7,80 M.). Butter das Kilo 2,00—2,20 M., Eier zwei Stück 13—14 Pf.

XX Dann, 19. Febr. Der hier abgehaltene Viehmarkt wies einen sehr starken Zutrieb auf. Die Nachfrage war reg, jedoch sich ein lebhaftes Geschäft entwickeln konnte. Der größte Teil des Auftriebs wurde abgesetzt. Die Preise waren im großen und ganzen unverändert fest. Bezahlt wurden für Brühlinge (Zuchtschweine) 50—70 M., für das Paar sechs bis acht Wochen alte Ferkel 30—35 M., zehn bis zwölf Wochen alte 38—72 M. Für Schlachtvieh wurden im Zentner Schlachtgewicht angelegt: fette, gemästete Ochsen 90—93 M., fleischige, weniger gemästete 83—85 M., fette, gemästete Rinder 83—87 M., fleischige, weniger gemästete 79—81 M., fette, gemästete Kühe 76—78 M., fleischige, weniger gemästete 72—73 M., geringere 67—69 M., fette Schweine 70—72 M., fleischige 65—67 M.

Telegraphische Kursberichte.

Berlin, 20. Febr. Die Geschäftslage ist auf der Baisse. Dazu kamen heute einige Umstände, die Verunsicherung und infolgedessen Neigung zu Abwicklungen bewirkten. Die Verkehrseinnahmen deutscher Eisenbahnen weisen im Januar für den Güterverkehr eine Abnahme von nahezu vier Millionen Mark gleich ein Minus von 3,28 Prozent auf einen Kilometer aus; im Personenverkehr belief sich die Zunahme auf nur 1,14 Prozent. Man wurde durch diese Zahlen wieder an die verheerende Konjunktur erinnert, die auch in dem Bericht des rheinisch-westfälischen Kohlenindustrials über den Kohlenabfall im Januar zum Ausdruck gelangt. Der rechnungsmäßige Abfall ist im Berichtsmonat in der Gesamtmenge um 29 102 Tonnen zurückgeblieben. Wegen den Monat Januar 1913 ergibt sich ein Ausfall von 1 225 565 Tonnen; der Kohlenabfall für Rechnung des Syndikats ist in der Monatsmenge um 147 028 Tonnen, im arbeitstäglichen Durchschnitt um 7,19 Prozent geringer. Der Bericht erwähnt, daß die Bestände auf den Becken erheblich gewachsen sind; die Einlegung von Fehlschichten ist notwendig gewesen.

Wenn auch die Abnahme des Güterverkehrs, die Abnahme beim Kohlenabfall Tatsachen sind, mit denen seit Monaten zu rechnen war, so hatte doch die Veröffentlichung der obigen Ergebnisse eine merkliche Abmilderung für Montanwerte zur Folge. Der Rentenmarkt blieb von der Mattigkeit unberührt. Elektrische Werte mußten ein Prozent nachgeben; Papiere für und von kleineren Eisenbahnen, Kanada eröffneten 1/2 Prozent niedriger und gaben noch weiter um ein Prozent nach.

Reit lagen Drenckh u. Koppel auf ein neues Geschäft in Südamerika.

Der Privatskonten blieb unverändert 3 Prozent, Ultimo auf 4 Prozent erhöht.

Berlin, 20. Febr. 3 Uhr nachm. Nachbörse. Kreditaktien 208 50. Handelsbank 193,37. Deutsche Bank 259 1/2. Diskontokommandit 198. Dresdener Bank 158 1/2. Staatsbahn —. Canada 216. Hochumer 226 1/2. Laurahütte 163,90. Gelsenkirchen 193,90. Saarbrücker 187,75.

Frankfurt, 20. Februar. Effekten-Sozialität Kreditaktien 208 50. Staatsbahn 157. Bombardier 22,37. Diskontokommandit —. Gelsenkirchen 193 1/2. Laurahütte —. Ungarn —. Italiener —. Türkenlose —.

	Paris.	St. Petersburg.	St. Petersburg.
3proz. Rente	87,17	87,17	
3proz. Italiener	96,90	96,90	
4proz. Russen kon. I u. II	91,20	91,10	
4proz. Spanier	90,50	90,50	
4proz. Türken (unif.)	86,77	86,67	
Türkische Lose	203,50	203,50	
Retropolitain	544.—	544.—	
Banque Ottomane	646.—	644.—	
Rio Tinto	1806.—	1804.—	
Chartered	25.—	25.—	
Debeers	479.—	477.—	
Castrol	51.—	52.—	
Goldfelds	62.—	60.—	
Randmines	151.—	149.—	

matt, Schluß besser.

Druck und Verlag: Wiesbadener Verlagsanstalt G. m. b. H. (Direktion: Seb. Niedner) in Wiesbaden. Chefredakteur: Bernhard Grothaus. — Verantwortlich für Politik: Bernhard Grothaus; für Redaktion und Volkswirtschaftlichen Teil: A. E. Eilenberger; für den literarischen redaktionellen Teil: Carl Dieckel; für den Anzeigenenteil: Paul Lamm. Sämtlich in Wiesbaden.

Millionen trinken täglich

lipton's Tee

Feinster Tee der Welt. Überall erhältlich.

4 Pf. Pakete 125, 100, 80, 70, 60, 50 Pf.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Hotel „Wiesbadener Hof“ ist von Herrn Matthias Baill, dem bisherigen Besitzer des Hotels „Regina“ in Bad Rissingen übernommen worden.

Todes-Anzeige.

Es hat Gott gefallen, meinen guten Vater, unsern lieben Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Schwager und Onkel, den Stadtältesten

Herrn Kreislandmesser a. D.

Jakob Maurer

Inhaber des Kronenordens 4. Klasse

heute nach längerem Leiden im 90. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Langenschwalbach, den 20. Februar 1914.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Wilhelm Maurer, Steuerinspektor in Hachenburg.

Die Beerdigung findet in Langenschwalbach am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 4 Uhr statt.

408

In unser Handelsregister Abt. A. Nr. 210 ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft Roos und Mohmann in Radesheim eingetragen worden: Der Kaufmann Heinrich Roos in Radesheim ist bis zur rechtskräftigen Entscheidung in Sachen Sollenheimer gegen Roos (7 O 25/14) von der Befugnis zur Geschäftsführung und von der Vertretungsmacht ausgeschlossen. Eingetragen auf Grund des Beschlusses des königlichen Landgerichts zu Wiesbaden, Kammer für Handelsachen vom 16. Februar 1914.

Radesheim, den 18. Februar 1914.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Unter dem Schweinebunde des Fogenbauers Karl Vird, Steingasse 18 hier selbst, ist die Schweinefleisch ausgebrochen.

Gehöft- und Stallperre ist angeordnet worden.

Wiesbaden, den 19. Februar 1914.

Der Polizei-Präsident. von Schenk.

In Marienberg im Westerwald, Sitz des Landratsamtes, in bester Lage, mit oberer Warenlager (Gemischt Waren), sofort billig zu verkaufen. Kleine Anzahlung.

Der Konkursverwalter.

Rechtsanwalt v. Versdovdt Wallrabe, Hachenburg.

Veränderungen im Familienstand Wiesbaden.

Geburten:

Am 15. Februar: Raml. Geburt Georg Schepers, 96 J. Wilhelm Schumann, 2 J. Eine. Genetische Defektsch, geb. Schiffer, 6 J. — Am 17. Februar: Geburt Elise Wegmann, geb. Bach, 6 J.

0107

Liebig's Fleisch-Extrakt

Das Küchenhilfsmittel

